

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herrn, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Haushalt der Stadt ist kein Selbstzweck sondern bildet die Aufgaben der Kommune gegenüber Bürgerinnen und Bürgern ab.

Vier Punkte vorab:

1. Es ist in guten Jahren wie jetzt richtig zu *investieren* und zwar dort, wo über den Tag hinaus *nachhaltiger Nutzen* entsteht.
2. Dafür dürfen in der anhaltenden Niedrigzinsphase Kredite aufgenommen werden. Insbesondere zum Grunderwerb für die Baugebietserschließung in den Ortsteilen. Deren höhere Erlöse werden die schnelle Rückzahlung ermöglichen.
3. Mit zusätzlichen Stellen müssen besonders bei der Bauverwaltung und im Bereich der Kinderbetreuung die Erfüllung der Aufgaben einer an Einwohnern wachsenden Stadt unterstützt werden.
4. Einwohnerzuwachs verursacht weitere Inanspruchnahme von Flächen für alle Lebensbereiche. Daraus folgende ökologische Herausforderungen stellen uns vor schwierige Aufgaben. Umland und Tübingen müssen dringend mit erheblich besserem ÖPNV umsteigearm verbunden werden. Das muss sich im Haushalt widerspiegeln.

Tübingen steht erneut gut da. Der für 2018 vorgelegte Entwurf des Haushalts belegt die finanziell solide Situation der Stadt. Unser Dank gilt der mit dem Haushalt besonders befassten Finanzverwaltung, sie hat eine Fleißarbeit abgeliefert. Danken wollen wir von der Fraktion AL/Grüne aber insbesondere den Tübinger Einkommenssteuerzahlenden Beschäftigten, den Tübinger Gewerbesteuerzahlenden Betrieben und der geschickt agierenden Verwaltung, die wieder Zuschüsse in Millionenhöhe nach Tübingen geholt hat. Die Einkommenssteuereinnahmen sollen erstmals die Rekordsumme von 50 Millionen erreichen und sind damit um 10 Millionen höher als die geplanten Gewerbesteuereinnahmen. Das beweist, in Tübingen wird im Durchschnitt ordentlich verdient. An Gewerbesteuern sollen erneut 41 Millionen eingehen. Auch dies ist eine sehr positive Prognose. Die Stadt wird damit ihrer Rolle als Oberzentrum gerecht und bietet für Bürgerinnen und Bürger sowie für Menschen aus dem Umland Arbeits- Bildungs- und Versorgungsmöglichkeiten. Mit der zweiten Änderungsliste hat die Verwaltung in den kommenden Jahren weiter steigende Einkommenssteuereinnahmen und einen höheren Anteil an der bei der Stadt verbleibenden Gewerbesteuer vorhergesagt. Das wird zu einer deutlichen Entlastung bei der künftigen Kreditaufnahme und einer als solide geltenden Zuführungsrate von 15 Millionen zum Vermögenshaushalt führen. Dies, obwohl Tübingen mit dem Europaplatz, den Radbrücken und dem beispielhaften weiteren Ausbau der Kinderbetreuung, bedingt durch den anhaltenden Geburtenüberschuss, riesige Projekte vor sich hat. Gleichzeitig baut die Stadt versteckte Schulden ab durch Sanierungen und sorgt so für schlechte Zeiten vor. Schulen, Sportanlagen, Männerwohnheim, technisches Rathaus usw. sind nur einige Beispiele.

Es ist für meine Fraktion AL/Grüne unverständlich, wenn Tübinger Liste und FDP behaupten, von der Stadt an die Tochter KST zuvor ausgeliehene und jetzt zurückgeholte

7,8 Millionen Euro würden eine versteckte Kreditaufnahme bedeuten. Oder wenn die FDP jetzt bemängelt, dass ein auf Anraten der gleichen FDP-Fraktion von der WIT für 2017 bereitgestellter Kredit jetzt nach 2018 verschoben wird. Dieser wurde wegen sparsamer Haushaltsführung 2017 eben nicht benötigt.
Der Schuldenstand des Kernhaushalts ist mit geplanten 660 Euro pro Einwohner moderat.

Zur Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit:

Eine Fraktion hat bemängelt, nicht in 2018 absehbar benötigte aber im HH eingestellte Gelder seien „Schein-Investitionen“. Nach der jahrelang sowohl von dieser Fraktion als auch vom Regierungspräsidium gebilligten kommunalpolitischen Praxis fällt es uns schwer, dieses Argument ernst zu nehmen.

Im Haushalt aufgeführte Projekte, die wegen der politischen Weichenstellung einer Mehrheit des Gemeinderats mit voraussichtlich über das Haushaltsjahr hinaus ausreichenden Mitteln ausgestattet werden, wird es immer geben. Als gutes Beispiel sei der Europaplatz genannt. Würde die Vorschrift der Gemeindehaushaltsverordnung wörtlich genommen, so könnte der Gemeinderat kaum Eigene Projekte vorantreiben sondern müsste stets das Ergebnis einer vertiefenden Planung der Verwaltung abwarten. Dass beschlossene Projekte aus Kapazitätsgründen nicht im Plan-Jahr zu Ende geführt werden können, wollen wir ändern.

Deshalb setzten wir AL/Grüne-Fraktion hier mit einem uns wichtigen Antrag an: Wir wollen eine bei der zentralen Steuerung im Baudezernat angesiedelte Stelle zu Unterstützung bei der Vollendung von Projekten. Wir hoffen hier auf Ihre Zustimmung. Grundsätzlich sind wir der Auffassung, bei anhaltend guter Konjunktur muss in nachhaltige Projekte investiert werden. In schlechteren Jahren wollen wir die ökologische und finanzielle Ernte daraus einfahren. So sind unsere Anträge zum Energiemanager, zum Solardachprogramm und zum „Licht nach Bedarf“ zu verstehen.

Während der 7 Millionen Euro verschlingenden Sanierung des Parkhauses Stadtmitte im Nonnenhaus wollen wir den TüBus samstags kostenlos anbieten. Damit wollen wir die ökologische Alternative zum Auto empfehlen und die Zentralitätswerte des Handelsstandorts stärken, die im Vergleich zu anderen Oberzentren unterdurchschnittlich sind. Der Effekt sollte nach Beendigung der Sanierung des Parkhauses bewertet werden.

Die stürmische Entwicklung Tübingens erfordert Maßnahmen. Erst wenn die Menschen aus dem Umland bequem und ökologisch sinnvoll per öffentlichem Personennahverkehr die Innenstadt, die Universität, die Kliniken im Tal und auf dem Berg, den Technologiepark obere Viehweide und den größten Stadtteil WHO und umgekehrt erreichen, wird der Siedlungsdruck auf die Stadt gemildert werden können. Dies gelingt mit der geplanten Regionalstadtbahn einschließlich der Innenstadtbahnen. Denn damit wird der unpopuläre Zwangsumstieg am Bahnhof weitgehend vermieden. Für eine faire Bürgerbeteiligung wollen wir innerhalb einer zu erstellenden Verkehrskonzeption dennoch Alternativen geprüft wissen und haben dies beantragt. Erster Schritt wird die notwendige Auflösung des Einbahnstraßenrings sein.

Sollte die GROKO erneut zustande kommen so berichtet die FAZ gestern in ihrer Online-Ausgabe, so soll es für ÖPNV-Projekte deutlich mehr als die bisherigen, innerhalb des GVFG ausgeschütteten 300 Millionen pro Jahr geben.

Das würde auch zu einer schnelleren Finanzierung von Projekten wie der RSB führen – vorausgesetzt, es liegen fertige Pläne vor.

Bis die Stadtbahn gebaut werden kann, benötigen wir Direktbusse aus dem Umland zu den Kliniken am Schnarrenberg und zur Morgenstelle. In Verhandlungen mit dem Landkreis wollen wir als Stadt bei der Zusatzfinanzierung einer Direktbuslinie ohne Umsteigezwang, z.B. von Gomaringen über Kusterdingen, beispielhaft helfen, obwohl dies nicht unsere Aufgabe ist.

Für Ein- und Auspendelnde nutzbare Radwege sollen durch weiße Begrenzungstreifen versehen werden damit der zunehmende Radverkehr auch nachts sicherer wird.

Wir haben gemeinsam erreicht, dass die im Flächennutzungsplan für großflächige Gewerbeansiedlungen einstimmig empfohlenen 10 Hektar erst dann bebaut werden, wenn die Stadtverwaltung eine Nachverdichtung von bestehenden Gewerbegebieten in der Größenordnung von 3 Hektar nachweist. Um dies zu befördern wollen wir, dass die Universitätsstadt einen Preis auslobt für gelungene Nachverdichtung. Das Preisgeld von 5000 Euro darf der gewinnende Gewerbebetrieb anerkannten Tübinger Umweltverbänden, Sozialen – oder kulturellen Einrichtungen seiner Wahl zukommen lassen. Wir würden uns über Ihre Zustimmung zu diesem Antrag freuen.

Zur Förderung der Biodiversität wollen wir ein Budget für Pflegemaßnahmen mit 30 000 Euro vorsehen.

Für den Erhalt der ökologisch und kulturell bedeutsamen Trockenmauern in Unterjesingen und Hirschau haben wir zwei Anträge formuliert.

Für den Ausbau und Erhalt unserer vorbildlichen sozialen und kulturellen Infrastruktur unterstützen wir zahlreiche Anträge der Institutionen. Das Nachtkaffee der Bahnhofsmision wollen wir damit erhalten, elkiko und das sehr gut nachgefragte „Schwimmen für alle Kinder“ unterstützt, um Beispiele zu nennen.

Auf die Erhebung von Eintritt in das Stadtmuseum wollen wir verzichten. Wir glauben, dass durch Eintrittsspenden ein teilweiser Ausgleich bei zugleich steigenden Besucherzahlen gelingen wird.

Für die Gesundheitsförderung der Jugend wollen wir die Pumptrack und für die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehen wir 15000 Euro vor. Sie sollen dazu dienen, Sport in der Pause („Pausenexpress“) oder Betriebssportgruppen bei Ausgaben zu unterstützen.

Im Sommer werden wir wieder wegen anhaltender Ruhestörungen angeschrieben werden. Ohne eine Erhöhung der Personalstellen vom Kommunalen Ordnungsdienst – nicht zu verwechseln mit dem Knöllchen verteilenden kommunalen Vollzugsdienst – wird es nicht gehen. Die Polizei allein wird es nicht schaffen.

Erlauben Sie noch eine Anmerkung zum Antrag der CDU-Fraktion 150000 Euro für mehr Blitzer zur Geschwindigkeitsüberwachung anzuschaffen. Das hat uns sehr gefreut, wir werden zustimmen.

Und zum verständlichen Antrag der SPD-Fraktion, die Preise für Schülermonatskarten zu senken. Dies ist auch unser Wunsch. Im Hinblick auf die für das nächste Jahr vom Land bereits beschlossene ÖPNV-Finanzreform kommt der Antrag allerdings zu spät. Ab 2019 wird die Regelung, das Schülermonatsticket darf *höchstens* 1/3 günstiger angeboten werden als Erwachsenentickets geändert. Künftig soll das Schülerticket *mindestens* 1/3

günstiger sein. Das lässt sich dann kreisweit regeln und bedarf keiner städtischen Insellösung mehr.

Wir freuen uns, wenn Sie unserer Einladung zu den jetzt im Anschluss im Hofgerichtssaal beginnenden interfraktionellen Gesprächen folgen. Diese sind öffentlich.

Eigentlich müsste der Haushalt 2018 eine große Mehrheit finden, richtigen „Zündstoff“ können wir kaum erkennen.

Vielen Dank.

Christoph Joachim
Fraktion AL/Grüne